

Verteiler:

- Delegierte
- Landesvertretungen
- Presse

Berlin, den 28.07.2026

Pressemitteilung

Bundeselternrat warnt vor weiteren Einschnitten in der Kinder- und Jugendpsychotherapie

Der Bundeselternrat warnt vor den möglichen Auswirkungen des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes auf die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Nach Einschätzung des Bundeselternrats besteht die Gefahr, dass sich die ohnehin angespannte Versorgungslage weiter verschärft, wenn wirtschaftliche Rahmenbedingungen dazu führen, dass weniger gesetzlich-versicherte Patientinnen und Patienten behandelt werden können.

Bereits heute warten viele Familien monatelang auf einen Therapieplatz. Für Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen können diese Wartezeiten erhebliche Auswirkungen auf ihre Entwicklung, ihre Bildungschancen und ihre gesellschaftliche Teilhabe haben.

„Psychische Erkrankungen kennen keine Warteliste. Wer den Zugang zu Therapie erschwert, verschärft das Leid betroffener Kinder und ihrer Familien.“

Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für ein gesundes Aufwachsen, erfolgreiche Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Eine weitere Schwächung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung belastet Kinder, Jugendliche und ihre Familien zusätzlich



Geschäftsstelle
Bundeselternrat
c/o Stiftung Bildung
Am Festungsgraben 1
10117 Berlin

Kontakt
Tel: +49 30 - 577 010 779
info@bundeselternrat.de
www.bundeselternrat.de

Bankverbindung
Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE07160500003754001212
BIC: WELADED1PMB

Der Vorstand wird vertreten durch:

Norman Heise (Vorsitzender)
Annett Hertel (stellv. Vorsitzende), Aline Sommer-Noack (stellv. Vorsitzende), Eileen Schulz (stellv. Vorsitzende)

Der Bundeselternrat wird gemäß §6 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung von zwei Vorstandsmitgliedern nach Außen vertreten.

und stellt langfristig auch andere Bereiche des Gesundheits- und Sozialsystems vor erhebliche Herausforderungen.

Der Bundeselternrat fordert deshalb:

- den Erhalt aller verfügbaren Therapieplätze für Kinder und Jugendliche,
- eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung psychotherapeutischer Leistungen, den zügigen Ausbau der Therapieangebote,
- eine bedarfsgerechte Versorgungsplanung für die Kinder- und Jugendpsychotherapie sowie
- eine nationale Strategie zur Stärkung der psychischen Gesundheit junger Menschen.

„Kinder und Jugendliche dürfen nicht die Leidtragenden gesundheitspolitischer Sparmaßnahmen sein. Wer den Zugang zu psychotherapeutischer Hilfe erschwert, gefährdet nicht nur ihre Entwicklung und ihre Zukunftschancen, sondern auch eine positive Bildungsbiografie. Psychische Erkrankungen kennen keine Warteliste. Wer den Zugang zu Therapie erschwert, verschärft das Leid betroffener Kinder und ihrer Familien. Psychische Gesundheit braucht Verlässlichkeit - nicht Kürzungen.“ sagt Annett Hertel, Mitglied Vorstand Bundeselternrat.

Der Bundeselternrat appelliert an Bundesregierung, Bundestag und die gesetzlichen Krankenkassen, die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu sichern und weiter auszubauen. Die psychische Gesundheit junger Menschen muss endlich den politischen Stellenwert erhalten, den ihre Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft erfordert.

Aline Sommer-Noack

Stellv. Vorsitzende Bundeselternrat

Pressekontakt:

info@bundeselternrat.de